

Warum ist die FDP so stark?

Von Wolfram Weimer | 21.08.2009, 12:10

Fragt man Demoskopien nach der politischen Überraschung im Wahljahr 2009, dann vermelden sie offiziell den Niedergang der SPD. Intern aber verblüfft die Experten etwas anderes noch mehr: der erstaunliche Höhenflug der FDP.

Die Liberalen mobilisieren seit Monaten nicht nur die höchsten Wahlabsichten aller Zeiten, vor allem die Sympathiewerte für die Partei – lange Jahre war die FDP so beliebt wie Nacktschnecken oder Zahnärzte – steigen sprunghaft an. Im ARD-Deutschlandtrend geben nun sogar 58 Prozent der Deutschen an, sie fänden es gut, wenn die FDP an der nächsten Bundesregierung beteiligt wäre, nur 37 Prozent sehen es nicht so. Sogar jeder dritte Wähler von SPD, Grünen und Linken wünscht sich FDP-Minister im nächsten Kabinett.

Wenige Wochen vor der Bundestagswahl wird damit klar: Nicht an der Linkspartei, wie alle noch vor einem Jahr dachten, sondern an den Liberalen entscheidet sich das Machtgefüge der Republik.

Selbst Linksintellektuelle, die die FDP jahrelang als «neoliberale Kaltschale» niedergemacht haben, preisen sie plötzlich als «erfrischendes Klardenker-Reservoir». Altkonservative, die den «Leichtmatrosen Westerwelle» abkanzelten, rühmen ihn nun als «standhafte Verkörperung der neuen Bürgerlichkeit». Nonkonformisten, die die Liberalen als «Nadelstreifenarmee» kritisierten, entdecken jetzt das «unabhängige Bürgertum». Die Besserwisser-FDP ist weg, die Mittelstandsverstehier sind da. Es handelt sich um einen Imagewechsel wie man ihn bislang nur bei Jägermeister oder Audi erlebt hat.

Die FDP rückt mit diesem Stimmungswandel in eine politische Schlüsselstellung: Einerseits nimmt sie die von der moderierenden Merkel-Weichspülpolitik enttäuschten Bürger auf. Andererseits wird sie für frustrierte Sozial-liberale aus dem bürgerlichen Milieu der zerzausten SPD attraktiv. Die FDP profitiert also von der doppelten Schwäche der Volksparteien und sammelt zum Ende der Großen Koalition in der Mitte beiderseitig die Enttäuschten auf. Machtpolitisch wächst die FDP damit in einer Scharnierfunktion, die die Liberalen schon vor dreißig Jahren einmal stark gemacht hat. Sie könnte nämlich einerseits mit der Union eine bürgerliche Mehrheit formieren.

Andererseits tut sich über die Ampel auch ein links-liberales Modell auf. Sie wird also von beiden Seiten nicht mehr bekämpft, sondern umworben. Der Partei kommt bei alledem zugute, dass ihr Führungspersonal relativ unverbraucht wirkt. Unter dem politischen Establishment der Berliner Republik sind Westerwelle & Co. derzeit die jüngsten, zumindest wirken sie wie eine Generation jünger als Angela Merkel und zwei Generationen jünger als Müntefering. Damit ziehen sie eine implizite Zukunftsverheißung auf sich, die zum Beispiel bei der Linkspartei fehlt. Dort steht mit Oskar Lafontaine und Gregor Gysi die alt-ideologische Generation an der Spitze, umringt von ehemaligen Kadern, die den Mief der alten DDR verströmen.

Die Wirtschaftskrise entfesselt – anders als viele geunkt haben – also überhaupt keine zentrifugalen Kräfte in der Gesellschaft. Die politischen Ränder wachsen kein bisschen. Vielmehr vollzieht sich eine Erneuerung in der Mitte. Grüne wie Liberale bekommen kräftigen Zulauf – nicht die Linke oder Rechte. Beide Parteien entstammen dem dichten Wurzelwerk des deutschen Bürgertums, sie sind sich verwandter, als sie es selber wahrhaben wollen. Sie verkörpern ein bürgerliches Avantgardeversprechen, weil sie die Autorität des Individuellen, Unangepassten, Freidenkertums betonen – und skeptisch sind gegenüber den Systemen, den großen Lösungen, den Schuldenmaschinen in Staat und Wirtschaft.

Noch vor einem Jahr wurde beiden Parteien bei Ausbruch der Finanzkrise vorhergesagt, sie würden nun marginalisiert. Zum einen weil in einer Wirtschaftskrise die Umweltfragen nachrangig schienen, zum anderen weil der Neoliberalismus angeblich am Ende sei. In beiden Fällen passiert das Gegenteil. Das moderne Bürgertum will sich offenbar weder das wirtschaftliche Freiheitsprinzip noch das ökologische Bewusstsein nehmen lassen. Schon gar nicht von einem Schuldenstaat, dessen Vertreter künstlich, politisch korrekt und nebulös sprechen.

Schon bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und im Saarland dürfte sich zeigen, dass die bräsige, schwarz-rote Republik deutlich bunter, vor allem gelber eingefärbt wird. In Sachsen sieht es gar danach aus, dass die Liberalen die Sozialdemokraten überholen könnten. Spätestens dann haben die Demoskopologen etwas zu erklären.

Wolfram Weimer, geboren 1964, ist Chefredakteur und Herausgeber des von ihm gegründeten Politikmagazins «Cicero». Zuvor war er in führenden Positionen bei großen deutschen Tageszeitungen tätig, zuletzt als Chefredakteur der «Welt». Für seine Arbeit wurde er mit zahlreichen Preisen geehrt, unter anderem 2002 mit dem «World Newspaper Award» und 2004 als «Journalist des Jahres».

